Gesprächsrunde des sozialpolitischen Arbeitskreises zur
Beratung des Gesamtkonzeptes für Frauenhäuser und Notrufe

Sehr geehrte Damen und Herren,

der sozialpolitische Ausschuss des Bayerischen Landtages hatte beschlossen, dass zur Beratung eines Gesamtkonzeptes für Frauenhäuser und Notrufe eine Arbeitsgruppe, die aus Vertretern aller im Landtag vertretenen Fraktionen, dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, der Freien Wohlfahrtspflege Landesarbeitsgemeinschaft Bayern und den kommunalen Spitzenverbänden bestehen soll, gebildet wird.

Die erste diesbezügliche Sitzung hat am 24. April 2018 stattgefunden.

Dabei wurde festgestellt, dass das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales innerhalb der kommenden acht Wochen zunächst dieser Arbeitsgruppe ein Konzept für Maßnahmen für ein Sofortprogramm auf der Basis eines Gesamtkonzeptes vorlegen wird. Nach Vorlage dieser Überlegungen wird umgehend zu einer entsprechenden Gesprächsrunde eingeladen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Unterländer

Dr. Fahn

Von: Schmöller, Hans <hans.schmoeller@fw-landtag.de>
Gesendet: Dienstag, 24. April 2018 14:01
An: Gottstein, Eva
Betreff: Kurzzusammenfassung // Runder Tisch "Frauenhäuser in Bayern"

Liebe Frau Gottstein,

wie besprochen hier die zentralen Informationen:

- Herr Dr. Gruber (StMAS) legte eingangs drei zentrale Punkte dar:
    - für Frau StMin Schreyer sei der derzeit gültige Gewaltbegriff „zu eng gefasst" und daher bedürfe der intern vorliegende Entwurf des Gesamtkonzeptes für die Frauenhäuser in Bayern noch weiterer Überarbeitung.
    - Stattdessen sollen kurzfristig bisherige Maßnahmen zu einem „Sofort-Programm" zusammengefasst werden.
    - Für den Doppelhaushalt 2019/20 wird in diesem Zusammenhang „mehr Geld" eingeplant.
- Die Vertreterin des Städtetages, Frau Dr. Papperger, forderte ein stärkeres finanzielles Engagement des Freistaates, worauf MdL Vogel auf die Erhöhung kürzlich im Nachtragshaushalt 2018 verwies.
- Abschließend trug MdL Unterländer im Namen des Runden Tisches die Bitte an die Staatsregierung weiter, innerhalb der nächsten zwei Wochen das „Sofort-Programm" und das Gesamtkonzept zu konkretisieren.

Sie könnten nun folgende Kritikpunkte im Interview aufzählen:

- Auch nach Jahren des Abwägens und des Diskutierens kann die Staatsregierung keine konkreten Ergebnisse vorlegen.
- Die Träger der Frauenhäuser sollen wohl bis zur Landtagswahl mit einem nicht näher definierten „Sofort-Programm" vertröstet werden, wovon bisher niemand weiß, wie dieses aussehen soll.
- Auch hinsichtlich des geforderten neuen Gesamtkonzeptes bleibt die Staatsregierung konkrete Lösungsvorschläge schuldig und arbeitet völlig intransparent.
- Bemerkenswert ist, dass die Ministeriumsvertreter bereits von einer Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts sprechen, ohne dass selbiges der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.
- Unter dem Strich wurde nur eine Geisterdiskussion geführt.
- Ebenfalls zeigt sich hier, dass durch die von Söder groß inszenierte Kabinettsumbildung die praktische Arbeit der Ministerien stellenweise brach liegt und wichtige Vorhaben nicht abgearbeitet werden.

Über eine kurze Rückmeldung, ob diese Zusammenfassung für Sie ausreichend ist, würde ich mich freuen!

Viele Grüße,
Hans Schmöller

Referent für Soziales, Familie, Arbeit und Jugend

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Maximilianeum, Max-Planck-Str. 1
81627 München

Tel: +49 (0) 89 / 4126 - 2932
Fax: +49 (0) 89 / 4126 - 1643
E-Mail: hans.schmoeller@fw-landtag.de

Staatsministerium für Arbeit und Soziales,
Familie und Integration
Staatsministerin Kerstin Schreyer
Winzerer Str. 9

80797 München

München, 03.05.2018

Gesamtkonzept für Frauenhäuser, Frauennotrufe und Fachberatungsstellen in Bayern

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Schreyer,

auf Antrag der CSU-Fraktion (Drs. 17/9999) hatte der Bayerische Landtag am 28.04.2016 Ihrem Haus den Auftrag erteilt, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu entwickeln, das alle Präventions- und Interventionssysteme für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in Bayern umfasst. Dieser Auftrag des Landtages an das von Ihnen geführte Ministerium ist ein wegweisender und überfälliger Schritt. In Bayern gibt es einen eklatanten Versorgungsmangel im Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder (vgl. die von Ihnen in Auftrag gegebene Bedarfsermittlungsstudie des Instituts für empirische Soziologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 2016). Das vom Landtag vor nunmehr zwei Jahren angeforderte Gesamtkonzept soll die von Wohlfahrtsverbänden und Kommunen seit langem geforderte Anpassung und Neuausrichtung der Hilfeleistungen im Falle sexualisierter und häuslicher Gewalt gegen Frauen umreißen und die Grundlagen für eine bessere Förderung sowie einen weiteren Ausbau des Hilfesystems (Frauenhausplätze, Beratungsangebote der Frauennotrufe, Fachberatungs- und Interventionsstellen, etc.) formulieren.

Ein solches Gesamtkonzept ist in den vergangenen zwei Jahren vom Sozialministerium in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern auch erarbeitet worden. Allerdings mussten wir am 24. April 2018, in der konstituierenden Sitzung des vom Landtag beschlossenen „Runden Tisches für eine bessere Förderung von Frauenhäusern, Frauennotrufen und Fachberatungsstellen" unter Federführung des Sozialausschusses (Drs.17/20600), mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen, dass der erarbeitete Entwurf für ein Gesamtkonzept auf Ihre Veranlassung hin den Abgeordneten des Landtags nicht zur Verfügung gestellt werden soll.

In Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit und als Basis für die Umsetzung bzw. Weiterentwicklung verlangen wir umgehend, bis zur nächsten Sitzungswoche Kenntnis des bisher erarbeiteten Konzepts, das zeitnah ausgehändigt werden soll. Außerdem regen wir an, dass möglichst bald zur zweiten Sitzung des Runden Tisches eingeladen wird, um dort die zeitnahe Umsetzung zu besprechen. Des Weiteren sind wir sehr daran interessiert, Details des von den Vertreter*innen des Sozialministeriums im Rahmen des Runden Tisches vom 24. April 2018

angekündigten Sofortprogramms zur Förderung von Frauenhäusern, Frauennotrufen und Fachberatungsstellen zu erfahren. Darüber hinaus fordern wir, dass mit der Umsetzung des Konzepts vor dem Ende dieser Legislaturperiode begonnen wird.

Dass das Konzept dem Bayerischen Landtag nicht vorgelegt wird, widerspricht der Beschlusslage des Landtags mit Blick auf den eingangs erwähnten Antrag Drs. 17/9999. Das durch das Parlament in Auftrag gegebene Konzept muss selbstverständlich nach Fertigstellung auch dem Landtag zur Kenntnis gegeben werden. Auch der vom Landtag beschlossene Antrag auf Einsetzung des interfraktionell besetzten „Runden Tisches" (Drs.17/20600) sieht vor, dass als Arbeitsgrundlage für den weiteren Ausbau des Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen der Entwurf für ein neues Gesamtkonzept für Frauenhäuser und Notrufe in Bayern mit beraten werden soll. In jedem Fall verzögert die Nichtfertigstellung des offensichtlich bereits weit gediehenen Gesamtkonzepts zu Lasten der von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und ihrer Kinder den Ausbau des Hilfsangebots in Bayern in unzumutbarer Weise.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Simone Strohmayr, MdL
Stellv. Fraktionsvorsitzende
der BayernSPD-Landtagsfraktion

Doris Rauscher, MdL
Sozialpolitische Sprecherin
der BayernSPD-Landtagsfraktion

Ruth Müller, MdL
Frauenpolitische Sprecherin
der BayernSPD-Landtagsfraktion

Kerstin Celina, MdL
Sozialpolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen

Christine Kamm, MdL
Integrationspolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen

Verena Osgyan, MdL
Frauen – und Gleichstellungspolitische
Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen